

Landbevölkerung aus und unterstützen die vertragliche Bindung dieser Produktion in der Genossenschaft.

Ohne Zeitverzug sollte an die konzeptionelle Arbeit für eine Reform der Ernährungswirtschaft gegangen werden. Wir sehen dabei zwei Hauptgesichtspunkte – die Überwindung der mangelnden Attraktivität, Sortimentsbreite, Kontinuität und Qualität des Nahrungsmittelangebotes und die Verbilligung der Nahrungsgüterproduktion. Der damit verbundene Komplex von Problemen und ihre Lösung erfordern Kühnheit und Besonnenheit. Der Erfolg dieser Reform wird entscheidend davon bestimmt, daß ein Wirtschaftsmechanismus geschaffen wird, der den Genossenschaften und Betrieben, also den Produzenten, die möglichst freie Entscheidung über die Produktion und die Verwendung ihres Ergebnisses gewährleistet.

Normative der wirtschaftlichen Rechnungsführung, eine marktorientierte Vertragsproduktion sowie ein flexibles Preis-, Steuer- und Kreditsystem sollen den neuen Wirtschaftsmechanismus charakterisieren, wobei gerade richtige Preise zur Vermeidung von Disproportionen erforderlich sind.

In einer Übergangsperiode bis zu seiner vollen Entfaltung bedarf es nach unserer Meinung noch staatlicher Planaufgaben bzw. Staatsaufträge für wenige Haupterzeugnisse sowie staatlicher Limite für Investitionen und Kontingente für bestimmte Materialpositionen, wobei kurzfristig ein echter Produktionsmittelmarkt zu schaffen ist.

Eine Schlüsselstellung in diesem System haben die Kombinate und Betriebe der Nahrungsgüterindustrie und des Nahrungsgüterhandels, deren ökonomische Interessen auf die Versorgung konkreter Märkte gerichtet werden müssen. Das heißt, der Bedarf wird künftig über eine entwickelte Vertragsproduktion gedeckt. Der Übergang zu einer ökonomisch regulierten Wirtschaft bedingt auch eine neue Rolle der bisherigen Bank für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. Sie sollte zu einer Geschäftsbank mit allen Konsequenzen werden.

All das ist mit einer neuen lebendigen Demokratie sowohl im Inneren der Genossenschaften und Betriebe als auch hinsichtlich der politischen, ökonomischen und sozialen Interessenvertretung der Genossenschaftsbauern und Arbeiter sowie ihrer Genossenschaften und Betriebe in der Gesellschaft und in ihrem politischen System verbunden. Die VdgB könnte hierbei eine, aber nicht die alleinige Rolle spielen.

Der Qualitätsstandard bei wichtigen Nahrungsgütern kann nur gehalten werden, wenn 1990 verstärkt Technik für die Milchgewinnung und -lagerung, wenn kältetechnische und andere Ausrüstungen in die eigene Land- und Nahrungsgüterwirtschaft gelenkt werden.

Mit Besorgnis verfolgen wir erste Schritte mancher Genossenschaften, die administrativ in die LPG hineingedrückte Produktion von Gemüse, für die nicht die notwendigen natürlichen und ökonomischen Bedingungen gegeben sind, bereits 1990 einzustellen. Unser Standpunkt ist, die Standortverteilung des Gemüseanbaus sollte im Interesse einer gesicherten Versorgung nicht von heute auf